



Marktwirtschaft und Gerechtigkeit – Für ein Comeback der Werte

Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

Vorsitzender des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Marktwirtschaft und Gerechtigkeit – Für ein Comeback der Werte

Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

Vorsitzender des Vorstandes der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Herausgeber
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Verantwortlich
Redaktion der Freiheit
Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
Telefon: 0 30.28 87 78-51
Telefax: 0 30.28 87 78-49
presse@freiheit.org

Gesamtherstellung
COMDOK GmbH

2009

Die Marktwirtschaft, aber nicht nur sie, auch die unabdingbaren Voraussetzungen der Freiheit und ein waches Bewusstsein für die Gefährdungen der Freiheit hatten schon beträchtlich an kulturellen Boden in Deutschland verloren, bevor sich das ereignete, was wir jetzt als Finanzmarktkrise bezeichnen. Wettbewerb war fast schon zu einem kontaminierten Wort geworden. Die weitaus höchste Aufmerksamkeit hatten Gerechtigkeitsrhetoriker, die jeden Veränderungsvorschlag, der im Interesse von Generationengerechtigkeit und Fairness in den sozialen Sicherungssystemen geäußert wurde, unter Kahlschlagverdacht stellten und damit eine gewaltige Simplifizierung in den Köpfen anrichteten. Die krisenhafte Entwicklung der weltweiten Finanzmärkte im letzten Quartal des Jahres 2008 hat nicht nur vordergründig die Konjunktur in Deutschland negativ beeinflusst, sondern auch tiefer gehend den Ruf eines auf den Prinzipien von Markt und Wettbewerb beruhenden Wirtschaftssystems weiter angekratzt und Vorurteile und vorschnelle Urteile bestärkt. Das Denken in Zusammenhängen und Wirkungsketten ist nahezu ausgeblendet.

Es war aber im Kern nicht der Markt, es war der Staat, der den Menschen vorspiegelte, dass der Traum vom Eigenheim ohne jedes Eigenkapital realisierbar sei. Es war die Politik der amerikanischen Regierung, die die dann kollabierenden staatsnahen Hypothekenbanken Freddy Mac und Fanny Mae dazu veranlasste, nicht abgesicherte Kredite anzubieten. Erst aufgrund der von der Politik verfälschten Preis- und Risikorelation konnte überhaupt das Kettenbriefmodell in Gang gesetzt werden, das es erlaubte, unbekannte Risiken immer weiter zu verbriefen, zu bündeln und zu verkaufen. Es waren in Deutschland die Landesbanken, die sich in riskanten Geschäftsfeldern überhoben. Es war die staatlich umsorgte und eigentlich von genügend staatlichem Aufsichtspersonal umgebene und durchflochtene KfW, die sich gewaltig verspekulierte, im Einzelfall sogar blamierte. Nein – die gegenwärtige Banken- und Finanzkrise ist nicht dazu geeignet, das marktwirtschaftliche System zu diskreditieren. Das Marktversagen von heute ist die Konsequenz aus dem Staatsversagen von gestern.

Deshalb kann es nicht um eine Beseitigung der Marktwirtschaft gehen, sondern um Klärstellung, Präzisierung und Verbesserung von notwendigen Spielregeln.

Auf dem Markt, dem Marktplatz, spielt sich Wirtschaft in ihrer ursprünglichen Form ab. Produzenten und Händler bieten Waren an, Verbraucher vergleichen, wählen unter konkurrierenden Produkten aus, kaufen. Jeder kann anbieten, jeder kann kaufen, Preise müssen sich frei bilden können. Eingriffe sind nur insoweit zulässig, und auch unerlässlich, als sie fairen Wettbewerb sichern. Deshalb hat jeder Markt und braucht jeder Markt Spielregeln. Der Markt, das ist nicht nur Ökonomie. Der Markt der Waren, der Dienstleistung, der Meinungen, das ist eine der Quellen eines freiheitlichen Staatswesens. Auf ihm wird sich offen auseinandergesetzt. Auf ihm muss Transparenz herrschen.

Es waren gerade die heutzutage so oft beschimpften Neoliberalen, die einen regelgeleiteten Markt entwarfen, die gegen Monopole waren und deshalb Kartellgesetzgebung für notwendig hielten, die faire Regeln im Wettbewerb haben wollten, die das Prinzip der Nichtdiskriminierung zugunsten neuer Marktteilnehmer vertraten, deren Zutritt auf den Markt sie gegen das exklusive Interesse der bisherigen Teilnehmer sichern wollten, und die auch ein Ethos der Unternehmensführung für unverzichtbar erklärten.

Wilhelm Röpke, 1924 jüngster deutscher Professor für Nationalökonomie und ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus – 1933 verlor er seinen Lehrstuhl in Marburg – beteiligte sich leidenschaftlich an den wirtschaftlichen und politischen Debatten seiner Zeit. Röpke war nicht nur von den wirtschaftlichen Vorteilen der Marktwirtschaft überzeugt, er

sah sie als Garant für eine freiheitliche „Civitas humana“ – so der Titel eines seiner Bücher. Er betonte die kulturellen und sozialen Voraussetzungen der Marktwirtschaft jenseits von Angebot und Nachfrage. Dasselbe gilt für Walter Eucken, einen ebenso erklärten Gegner des Nationalsozialismus, bis hin zu Franz Böhm, der für den Widerstandskreis um Carl-Friedrich Goerdeler ein Kartellgesetz entwarf.

„Neoliberal“ ist leider in den letzten Jahrzehnten zum populistischen Kampfbegriff und Schimpfwort in der politischen Debatte verkommen. Das, was heutzutage unter dem Begriff Neoliberalismus verbreitet wird, ist pure Denunziation – es hat mit der Wahrheit nichts, aber auch gar nichts zu tun.

All jene, die Vorteile und Affekte gegen eine regelgeleitete Marktwirtschaft mobilisieren, sollten sich die geschichtliche Schleifspur in Staatswirtschaften genau ansehen: nach erfolgter Ausschaltung der Marktwirtschaft folgte die Entwicklung unkontrollierter wirtschaftlicher und politischer Macht und am Ende der Zusammenbruch, und als Opfer blieben die Anhänger von Systemen zurück, die im Namen von Gerechtigkeit und Solidarität ausgebeutet worden waren ratlos zurück. Mit künstlich niedrig gehaltenen Preisen für Brot wurde in sozialistischen Systemen eine soziale Sicherheit vorgetäuscht, die es so nicht gab. Das damit verbundene Versprechen der sozialen Freiheit hat darüber hinaus die persönliche Freiheit vieler Menschen zerstört. Insofern ist der Markt ein einzigartiges Entmähigungsprogramm.

Es ist deshalb falsch, moralisches Empfinden in grundsätzlicher Perspektive gegen den Markt zu richten. Die Frage ist immer, wie Wirtschaft organisiert sein muss, damit sie ihre lebensdienlichen Kräfte am besten entfalten kann. Allein die aus einer Wettbewerbssituation resultierende Konkurrenz von Ideen führt zu besten Lösungen. Wettbewerb macht beweglich, Staatsinterventionismus führt in die Erstarrung und in die Anmaßung. Ein Staat kann nicht zaubern. Auch er kann keine Arbeitsplätze sichern durch Produkte, die sich nicht verkaufen lassen.

Ökonomische Kompetenz ist deshalb keine Verengung, sondern ein Markenzeichen freiheitlicher Politik. Markt und Moral sind keine Gegensätze. Die kulturelle und gesellschaftliche Verankerung von Marktwirtschaft in Deutschland, die wir brauchen, wenn unser Land auch in Zukunft erfolgreich sein will, kann nur gelingen, wenn denjenigen, die in den Märkten agieren, der Zusammenhang zwischen Freiheit des Handelns und der Verantwortung und Haftung dafür sowie die überaus wichtige Rolle des persönlich guten Beispiels wieder klarer werden. Wer es besser haben will als der Rest der Welt, sollte darlegen können, daß es durch sein Streben und die Art seiner Anstrengung auch dem Rest der Welt jedenfalls nicht schlechter, bestenfalls sogar besser geht als zuvor (John Rawls).

Es geht um ein Comeback von Werten. Liberale dürfen getrost daran erinnern. Es geht um ein Stück kulturelle Neugründung einer Marktwirtschaft als Teil gesellschaftlicher Freiheit. Es geht um zivilisatorische Tugenden, die durch die gelebt werden müssen, die darin agieren. Ein staatliches Regelwerk, auch wenn es erneuert wird, wenn es ergänzt wird und mit den besten Absichten eingesetzt wird, wird nie gelingen können, wenn diese elementare Haltung nicht hinzukommt.

Markt und Gerechtigkeit

„Autorität wie Vertrauen werden durch nichts mehr erschüttert als durch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden“, schrieb Theodor Storm. Dieser Befund gilt heute mehr denn je. Fast die Hälfte des Bundeshaushaltes wird für soziale Zwecke ausgegeben. Jeder sechste Bundesbürger gilt inzwischen als arm, und das, obwohl der Sozialstaat – so schreibt „Die Zeit“ – jedes Jahr 700 Mrd. Euro verteilt. Etwas läuft schief, sagt sie.

Die Umverteilungsmarge des Sozialbudgets wird häufig als wichtigstes Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik empfunden. Den Eindruck von Gerechtigkeit aufrechterhalten, um die Gunst des Wählers nicht zu verlieren – das ist die Gleichung, die den meisten sozialpolitischen Verteilungskonzepten der Gegenwart zugrunde liegt. Gerade in der Sozialpolitik funktioniert vieles nach dem Motto: „Wer bietet mehr?“

Eine Politik, die daraus die notwendigen Konsequenzen zieht, wird allerdings sehr schnell mit der empfindlichsten Stelle freiheitlicher Gesellschaften konfrontiert: mit den hohen Erwartungen der Menschen dem Staat gegenüber und ihre Hoffnungen auf materielle Kompensationen. Veränderungen rufen große Widerstände hervor. Wer bequem ist oder veränderungsunwillig, der findet hinter ihr leicht moralische Deckung.

Wer Menschen wirklich helfen will, wer ihnen mehr bieten will als haltlose Versprechen in Wahlkampfzeiten, der muss ein zustimmungsfähiges, verständliches Umbauszenarium des deutschen Sozialstaates entwerfen, statt für brüchig gewordene soziale Systeme immer neue Geldquellen zu erschließen.

Der Abbau der viel zu hohen Staatsquote ist notwendig. Es ist aber nur zu erreichen, wenn die Haushalte auch auf der Ausgabenseite konsolidiert und generationengerechte Sicherungssysteme vorgebracht werden. Das wiederum geht nur, wenn soziale Sicherungssysteme von den Kosten der Arbeit getrennt werden und mehr eigene Verantwortung den Bürgern überlassen wird. Das geht nur, wenn eine Steuerreform den Bürgern auch mehr vom Ertrag ihrer Leistung lässt. Dazu wiederum muss ein weit verbreiteter Politikstil der Verteilung von Zuwächsen in der Gegenwart geändert und durch einen Politikstil der Bewältigung von Zukunftsaufgaben ersetzt werden. Dazu wiederum fehlt vielen in Gesellschaft und Politik der Mut und der lange Atem.

Ein freiheitliches Gemeinwesen, das etwas auf seine Freiheit hält, darf sich nicht damit begnügen, dass allein am störungsfreien Wachstum das Empfinden gerechter Verhältnisse hängt. Der freiheitliche Charakter von Gesellschaften besteht darin, die Menschen zur eigenen Verantwortung zu befähigen. Ein freiheitlicher Staat wird Rahmenbedingungen immer so gestalten, dass seine Bürger ihren eigenen Anteil an der Gestaltung ihrer Biografie einbringen können. Er wird die Menschen nicht an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindern und er wird denen, die Hilfe brauchen, auch helfen.

Die Systeme der pauschalen Abbuchung, der undifferenzierten Zuteilung und der nebulösen Kostenentwicklung müssen reformiert werden. Deutschland hat zu viele ungedeckte Schecks zu Lasten derer auf die Zukunft verteilt, die im aktuellen Entscheidungsprozeß noch gar keine Stimme haben. Es geht um einen Wandel in den Köpfen von der Versorgung zu Teilhabechancen und Teilhabegerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, Menschen eine Chance zu bieten, sich im wahrsten Sinne des Wortes aus einer schwierigen Lage auch wieder in ein selbstbestimmtes Leben herausarbeiten zu können.

Der gegenwärtige alimentierende Sozialstaat ist nicht fair, und er ist auch nicht gerecht. Er ist ein bloßer Reparaturbetrieb. Er verhindert nicht mehr den sozialen Ausschluss – und der genau ist der Kern der neuen sozialen Frage.

Es geht um ein normatives Fundament der Sozialpolitik, das Menschen keine Angst macht, sondern mit dem sie sich identifizieren können und das den Weg von der Alimentation der notwendigen Hilfe stärker in die Investitionen zu Selbständigkeit und zu Selbstvertrauen geht. Zuallererst muss Einkommensarmut vermieden werden. Niemand darf in Not geraten, denn soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für eine Teilhabe an Freiheit. Dazu gilt das Konzept des Bürgergelds als Existenzminimum. Es fasst steuerfinanzierte Sozialleistungen zusammen und wird nur noch an einer Stelle ausgezahlt: beim Finanzamt. Darüber hinaus muss die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit stärker belohnt werden, als dies in den heutigen Systemen der Fall ist. Ein solcher Paradigmenwechsel ist nur möglich auf der Basis von Bildung, Erziehung und Qualifizierung sowie einer auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Die Bildungspolitik muss Ausgangspunkt einer modernen Sozialpolitik der Teilhabegerechtigkeit werden, und sie muss früh ansetzen. Eine neue Arbeitsmarktpolitik muss folgen, eine transparente und faire Steuerpolitik sowie Systeme der Alters- und der Gesundheitsvorsorge, die wirklich zukunftsfähig sind.

Kinder sind die größte Innovation. Sie müssen dazu befähigt werden, mit Chancen auch etwas anfangen zu können. Ihren Eltern muss vermittelt werden, dass ihr Einfluss entscheidend für den Bildungs- und Lebenserfolg ihrer Kinder ist. Auf den sozialen Reparaturbetrieb Staat sollten sie nicht warten. Im Übrigen kommt er immer zu spät. Kinderkrippe und Kindergarten sind nicht nur zur Aufbewahrung da. Sie bieten einen Rahmen, der dabei hilft, Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Sie können in Verbindung mit elterlicher Zuwendung Impulse setzen, die stabile Persönlichkeiten vorbereiten. Sie brauchen eine anregungsfreundliche Umgebung und überaus qualifiziertes und engagiertes Personal. Sie sind ein wichtiger Baustein eines Angebots der Begleitung in die Lebenswirklichkeit. Sie sollten kostenfrei sein wie die Schule.

Graham Greene hat so ironisch wie treffend festgestellt: „Früher war die Familie eine Tankstelle, jetzt ist sie eine Garage.“ Der kostbarste Treibstoff einer Familie, die Eröffnung von Chancen und Teilhabe für die Kinder wird immer knapper. Kinder zu haben, ist für viele Bürger zum Armutsrisiko geworden. Der Sozialstaat hat die Familien zu potentiellen Wohlfahrtsempfängern degradiert. Das ist weder sozial noch gerecht. Die meisten Familien in Deutschland sind chronisch „unterfinanziert“. Die sozialökonomische Lage allein erziehender Mütter ist schlechter als die von „Zwei-Eltern-Familien“, und sie tragen dazu noch ein überdurchschnittliches Risiko, arbeitslos zu werden. Eine Familie mit einem Durchschnittseinkommen und zwei Kindern bringt, bis beide 18 sind, rund 240.000 Euro für sie auf. Einem kinderlosen Paar bleibt fast doppelt soviel an frei verfügbarem Einkommen wie einem Paar mit Kindern. Und hierbei ist die staatliche Familienförderung schon eingerechnet.

Das steuerfreie Existenzminimum für Erwachsene und Kinder sollte auf einheitlich 8000 Euro heraufgesetzt werden. Kinder müssen endlich mit Erwachsenen gleichgestellt werden. Ziel muss es sein, dass eine Familie mit zwei Kindern mit einem Einkommen bis zu 40.700 Euro keine Steuern mehr zahlen muss. Das Kindergeld ist von 154 Euro auf 200 Euro pro Kind und Monat anzuheben. Das hilft den einkommensschwachen Familien, die wenig oder keine Steuern zahlen. Kinderbetreuungskosten in Höhe von 12.000 Euro im Jahr können von der Steuer abgesetzt werden – eine Chance für Familie und Beruf.

Die sozialen Sicherungssysteme im Alter und bei Krankheit sind in nie gekanntem Ausmaß den Launen der Politik ausgesetzt. Fast jährlich wechseln sich immer neue Reformen im Gesundheits- und Rentenbereich ab. Das Gesundheitssystem steht angesichts des zunehmenden Drucks des demographischen Wandels vor immensen Schwierigkeiten. Auch zur Bewältigung dieser Herausforderungen bietet das Prinzip der Selbstverantwortung mit einer Pflicht zur Versicherung den Schlüssel zu einer effektiven und freiheitlichen Gesundheitsversorgung. Das Prinzip „soviel individuelle Gestaltungsfreiheit wie möglich bei soviel kollektiver Absicherung wie nötig“ führt zu mehr Effizienz und Kontrolle im Gesundheitswesen.

Die Grundlage, die garantiert, dass jeder Bürger einen Versicherungsschutz für das medizinisch Notwendige auch bezahlen kann, wird über das für alle geltende Steuer- und Transfersystem sichergestellt und damit durch alle Bürger. In einem solchen System können sich bei gleichzeitiger sozialer Sicherheit die marktwirtschaftlichen Kräfte im Hinblick auf effiziente Lösungen entfalten. Der Bürger wird wieder zum Herrn über sein Schicksal und nicht zum Spielball einer gewaltigen Gesundheitsbürokratie aus Kassen und Kassenärztlichen Vereinigungen. Es wäre eine große vertrauensbildende Maßnahme, wenn das alles noch durch eine Steuersenkung unterstützt würde. Die Bürger nämlich hätten dann mehr zur Verfügung und könnten selbst mehr Verantwortung übernehmen.

Auch in den Alterssicherungssystemen hat das System der etatistischen Umverteilung die Grenzen seiner Wirksamkeit erreicht, auch hier müssen sich die Prinzipien Freiheit und Teilhabe neu entfalten können. Die Bürger müssen es selbst in der Hand haben, wie sie ihre betriebliche und private Altersvorsorge gestalten wollen. Dazu gehört, dass die Betriebsrente in Form der sozialversicherungsfreien Umwandlung von Lohn auch auf die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer erweitert werden muss. Jeder Arbeitnehmer muss die Möglichkeit haben, seine Gewinnbeteiligung in die betriebliche Altersvorsorge zu investieren. Auch die Portabilität, die Mitnahme von betrieblichen Altersvorsorgeformen an den neuen Arbeitsplatz, ist von entscheidender Bedeutung. Die Karriere eines Arbeitnehmers findet heute nicht mehr nur in einem Unternehmen statt, viele Menschen wechseln im Laufe ihres Lebens gleich mehrfach den Arbeitsplatz. Hier ist wichtig, dass die betriebliche Altersvorsorge dem Arbeitnehmer folgen kann. Aber auch die geförderte private Altersvorsorge in Form der Riester-Rente muss für alle Bürger, auch für die Selbständigen, geöffnet werden. Der Staat kann seine Bürger nicht in gute, förderungswürdige Arbeitnehmer und schlechte, nichtförderungswürdige Selbständige aufteilen.

Mit der Rente mit 67 hat die alte Sozialpolitik wieder mit einer starren und unflexiblen Strategie auf die steigende Lebenserwartung und die damit einhergehende längere Rentenbezugsdauer reagiert. Eine moderne Sozialpolitik wird der steigenden Lebenserwartung nur durch einen fortschrittlichen Altersvorsorgemix aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge und einem flexiblen bedürfnisorientierten Übergang in die Rente gerecht. Ein Versicherter, der mit dem sechzigsten Lebensjahr seine kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente für ausreichend hält und erkennbar über dem Grundversicherungsniveau liegt, sollte durchaus die Freiheit haben, selbst über den Übergang in den Ruhestand zu bestimmen.

Die moderne Sozialpolitik der Teilhabe ermöglicht es auch der älteren Generation, dem Arbeitsleben in einem selbst gewählten Umfang weiter zur Verfügung zu stehen und so ihre Teilhabe auch noch im Arbeitsleben zu sichern und ihre Kreativität zu entfalten. Deutschland wird seine Wettbewerbsfähigkeit und damit seinen Wohlstand nur sichern können, wenn es alle Barrieren für Arbeit im Alter beseitigt. Hier leistet ein flexibler Renteneintritt bei gleich-

zeitigem Wegfall der Hinzuverdienstgrenzen einem Strukturwandel Vorschub, der zu einer interessanten Veränderung der Arbeitswelt führen wird. Wer den harten Bruch beim Übergang von der Arbeitswelt in den Ruhestand meiden will und seine kreativen Möglichkeiten im Berufsleben noch in geringerem Umfang erhalten will, soll sich diese Freiheit nehmen können.

Fairer Wettbewerb ist keine Körperverletzung

Für Liberale ist der gegenwärtig notwendige Eingriff des Staates nicht das Ende der Marktwirtschaft. Im Gegenteil. Ein Staat und nur ein starker Staat kann individuelle Grund- und Freiheitsrechte, Eigentumsrechte und damit letztlich die Funktion offener und freier Märkte sichern. Der Staat kann durch regulierende Rahmengesetzgebung mit Aufsicht und Sanktionen die Tätigkeit privater Marktakteure effektiv überwachen und kontrollieren. Der Staat kann durch eine Wettbewerbs- und Funktionsgesetzgebung für Wettbewerb auf freien Märkten sorgen. Der Staat kann und muss Regeln setzen und sichern. Ohne Staat ist jeder ohnmächtig, der seine eigene persönliche Freiheit gegenüber anderen nach verlässlichen Regeln gebrauchen will.

Marktwirtschaftliche Wege sind immer auch mit Risiken behaftet. Dennoch gibt es kein anderes Wirtschaftssystem, das auf der Suche nach klugen Lösungen für komplexe Probleme nur annähernd so erfolgreich wäre wie die Marktwirtschaft. Das Zusammenspiel von Freiheit, Verantwortung und Haftung hat trotz aller Krisen zu immer mehr Wohlstand für immer mehr Menschen geführt. Wir lernen beständig aus Problemen, aus Fehlern, und sie sind Anlass, klüger zu handeln und immer klüger zu werden. Die Voraussetzung ist aber, dass man auch lernen will.

Der genetische Zufall macht uns alle einzigartig, aber auch einzigartig in der Unterschiedlichkeit unserer Fähigkeiten, Stärken und Schwächen. Das politische Regulativ der Gleichheit ist die Gleichheit vor dem Gesetz, die Beseitigung von Vorrechten des Standes, die Beseitigung der Differenzierung der Stimm- und Wahlrechte nach Einkommen, die Beseitigung der Ungleichheit der Geschlechter. Aber die Nutzung von Chancen, die sich aus Gleichheit aller vor dem Gesetz ergeben, ist wiederum von Fähigkeiten abhängig, die ihrerseits ungleich verteilt sind.

Es gibt Unterschiede in den menschlichen Fähigkeiten des Wissenserwerbs, der Selbstorganisation und der Teamfähigkeit. Es gibt Menschen, die mit vielen angebotenen Chancen absolut nichts anzufangen wissen. Die berechtigten Forderungen nach Gerechtigkeit dürfen nicht mit der mancherorts gehegten Hoffnung auf Ergebnisgleichheit verwechselt werden. Eine freiheitliche Gesellschaft bleibt auf eine Kultur der Anerkennung von Unterschieden und schlechterdings nicht zu beseitigenden Ungleichheiten angewiesen. Es geht darum, Brücken zu bauen, die jedermann eine ihm angemessene Entwicklungsmöglichkeit anbieten. Denn nur derjenige, der das Beste lernt, kann auch sein Bestes geben. Gehen allerdings müssen die Menschen schon selbst. Denn es gibt am Ende keinen Staat, der mehr für die Menschen tun könnte, als sie für sich selbst tun könnten und sollten. Soziale Verantwortung liegt nicht in der Rhetorik der Schwächung der Starken, sondern in der Ermutigung und Stärkung der Schwachen. Gerecht organisiert ist eine Gesellschaft dann, wenn die jeweils am schlechtesten Gestellten dennoch möglichst gut gestellt sind (John Rawls).

